

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel. -Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Rammz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Rammz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 126

Montag, den 3. Juni 1929

81. Jahrgang

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

— (Sonnenbad und Sonnenbrand.) Wer sich
unvorsichtigerweise beim Sonnen- und Luftbad gar zu sehr
und zu lang den Einwirkungen der Sonne aussetzt, kann
leicht den schädlichen Sonnenbrand davontragen. Die Haut
entzündet sich sehr schmerzhaft und geht schließlich stückweise
ab. Man bekommt eine neue Haut. Um den Schmerz zu
lindern und die Wirkungen des Sonnenbrandes wenigstens
einigermaßen aufzuheben, empfehlen sich Umschläge mit Kalk-
wasser. Zur Vorbeugung nimmt man besten eine Einreibung
mit einer sehr fetthaltigen Hautcreme vor.

— (Hunde dürfen nur 3. Klasse fahren.)
Für Hunde bleibt die Benutzung der 2. Wagenklasse ver-
boten — das ist der Sinn einer Antwort der Reichsbahn-
gesellschaft auf den Antrag des Reichsjagdbundes, in sämt-
lichen Eil- und Personenzügen besondere Abteile für Reisende
mit Hunden sowohl in der 3., wie in der 2. Klasse ein-
zurichten. Die Ablehnung der Anregung wird von der
Reichsbahngesellschaft damit begründet, daß kein allgemeines
Bedürfnis für die Einrichtung von Hundabteilen in der
Polsterklasse bestehe, und daß den Reisenden der 2. Klasse
nicht zugemutet werden könne, auf Polsterfüßen Platz zu
nehmen, die durch die Mitnahme von Hunden leicht dem
Ungeziefer zugänglich sein würden.

— (Bischofsverda.) (Ein Trauring aus dem
Jahre 1746 gefunden.) Bei Feldbestellungsarbeiten
wurde auf einem der Balkmühle Weidensdorf gehörigen
Feld ein schmaler goldener Trauring gefunden, in dessen
Innenfläche C. St. J. 1746 eingraviert war. Der Trau-
ring war an einem Finken der Egge hängengeblieben. Der
gut erhaltene echte Ring wurde demnach vor 183 Jahren
hergestellt.

— (Bauern.) (Die Wiederwahl des Bürger-
meisters.) In der Stadtverordnetenversammlung wurde
Bürgermeister Dr. Förster mit 21 Stimmen wieder-
gewählt. Sieben Sozialdemokraten und drei Kommuni-
stinnen stimmten gegen die Wiederwahl.

— (Radeberg.) (Einen Unfall) erlitt Herr Rechts-
anwalt Dr. Bachmann dadurch, daß er in Großhörn
einem besessenen Herrn einen Revolver aushändigen wollte.
Im Weisem eines Herrn wollte Herr Dr. Bachmann die
Waffe entladen, konnte aber mit seiner kriegsverletzten Hand
nicht fest zufassen, sodaß der Lauf zurückschellte und die
Kugel durch den Körper ging, ohne jedoch irgendwelche
inneren Teile zu verletzen.

— (Neustadt i. Sa.) (Fehlbetrag im städtischen
Haushalt.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung
wurde der Haushaltsplan für 1929/30 beraten. Er schließt in Ein-
nahme und Ausgaben mit einem Defizit von 80 550 RM
ab. Der ordentliche Haushaltsplan beläuft sich auf 50 550,
der außerordentliche auf 29 900. Nach längerer Aussprache
wurde er mit 10 gegen 5 Stimmen (Wirtschaftspartei) an-
genommen. Sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß es
bei der jetzigen finanziellen Kollage der Stadt nicht not-
wendig sei, eine Heizungsanlage für das Rathaus, für die
etwa 30 000 RM auf dem Anleihewege aufgenommen wer-
den müssen, zu schaffen.

— (Bühlau.) (Bei dem Brandunglück der Frau
verw. Hauswald, über das wir berichteten, ereignete sich ein
Unfall. Frau Paulik, rettete ein Kind aus dem Bette und
brach im Hause infolge Rauchvergiftung ohnmächtig zusammen.
Von einem Einwohner wurden sie und das Kind aus dem
verqualmten Hause geborgen. Die mutige Ketterin des
Kindes mußte abends noch ins Krankenhaus nach Stolpen
eingeliefert werden, doch soll sie sich auf dem Wege der
Besserung befinden.

— (Dresden.) (Die verhängnisvolle Alten-
tasche.) Ein tschechischer Artillerielieutenant ließ, als er
am Prager Flugplatz unter falschem Namen ein Flugzeug
nach Dresden bestieg, eine Tasche stehen, in der sich mili-
tärliche Geheimdokumente befanden. Der Kapitän kehrte
sogleich aus Dresden zurück, um seine Tasche zu holen, und
wurde, als der Spionage zugunsten Deutschlands ver-
dächtig, verhaftet.

— (Dresden.) (Diebstahl von Lohngebern.)
Spitzhunden drangen in der Glasfabrik Brodowitz in eine
sogenannte Meisterkuche ein, in der für etwa 70 Arbeiter

Abbau der Pariser Reparationsverhandlungen

Amerikas Hauptdelegierter, Pierpont Morgan, bereits abgereist

Paris. Amerikas Delegierter für die Reparations-
konferenz, Pierpont Morgan, hat am Sonntagabend auf
der „Mauretania“ die Rückfahrt nach den Vereinigten Staa-
ten angetreten. Das läßt klar, so erklären amerikanische
Zeitungen, auf die Überzeugung Morgans schließen, daß ein
positiver Abschluß der Sachverständigenkonferenz nur noch
eine Frage von Tagen sei. Der Schlußbericht werde in Ver-
tretung Morgans von dem amerikanischen Hilfsfachver-
ständigen Lamont unterzeichnet.

Man rechnet damit, daß der Generalbericht am Dienstag
abend oder spätestens Mittwoch früh zur Unterzeichnung
vorliegen wird. Herr Kapitän hatte eine längere Unterhaltung
mit dem englischen Delegierten Sir Josiah Stamp, dem die
Redaktion des Berichtes übertragen worden ist. Eigenliche
materielle Schwierigkeiten stehen der Ab-
fassung des Schlußberichts kaum noch ent-
gegen. Die Fragen, mit welchem Prozentsatz Deutschland
an den Gewinnen der internationalen Zahlungsbank beteiligt
werden, und wieviel es zu dem Kapital der Weltbank bei-
steuern soll, sind zwar noch nicht völlig geklärt, stellen aber
kein Hindernis mehr dar.

In Paris hat man jetzt alle die letzten Streitfragen
zu erledigen. Die Delegierten sehnen sich endlich nach der
Heimat und haben scheinbar reichlich genug von dem ewigen
Verhandeln. Die Dummheit aber sind wir, denn von unseren
Delegierten verlangt man Zugeständnisse, um wirklich endlich
fertig zu werden. So wird jetzt auf die deutsche Sachver-
ständigengruppe ein Druck in der Frage der belgischen
Markforderung ausgeübt. Von einigen Abordnungen
soll den Deutschen nahegelegt worden sein, zum mindesten
ihre Pläne wegen der belgischen Forderungen anzudeuten,
nachdem ihnen Zugeständnisse in der Frage der Reichsbahn
gemacht worden seien.

Was bedeutet die Einigung der Sachverständigen?

Weit schneller, als nach den Konflikten der letzten Wochen
zu erwarten war, ist man jetzt auf der Pariser Sach-
verständigenkonferenz zu einer Einigung gekom-
men, einer Einigung, die allerdings vom deutschen
Standpunkt aus außerordentlich gefährlich ist. Nach
dem neuen Plan, dem nach dem amerikanischen Vorsitzenden
der Konferenz benannten Youngplan, werden die deut-
schen Jahreszahlungen, die nach dem Dawesplan 2,5 Milliar-
den seit 1929 betragen, zwar auf durchschnittlich
1,95 Milliarden herabgesetzt, zu denen noch rund 90 Millio-
nen für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe
kommen. Diese Verminderung der jährlichen Zahlungen um
rund 450 Millionen Mark ist aber nicht, wie es auf den ersten
Blick erscheinen mag, als Erfolg zu buchen; denn tatsächlich
ist diese Herabsetzung erkaufte durch die teilweise Auf-
gabe des Transferschuldes, der im Dawesvertrag
zur Stabilisierung der deutschen Währung eigens vorge-
sehen war. Nach dem Youngplan müssen allein 660 Mil-
lionen Goldmark an das Ausland abgeführt werden,
ohne Rücksicht darauf, ob der Fortbestand der deutschen Wäh-
rung gewährleistet bleibt. Abgesehen von dieser gefährlichen
Bestimmung muß man sich darüber im klaren sein, daß bei
der heutigen deutschen Wirtschaftslage eine Zah-
lung von 2,05 Milliarden ebenso wirtschaftlich untragbar ist
wie die Dawesrate von 2,5 Milliarden. Selbst die in letzter
Stunde den deutschen Sachverständigen zugebilligte Auf-
hebung der Kontrollen und Garantien des Dawesplanes und
die Beseitigung der Bestimmungen betr. der Industrieobli-
gationen können keinen Ausgleich für die uns auferlegten,
unfere Leistungsfähigkeit absolut übersteigenden Tributlasten
darstellen. So erfreulich die Tatsache ist, daß die Reichsbahn
jetzt endlich von jeder Kontrolle und Haftung befreit, die
Vemter der ausländischen Kommissare und Treuhänder (für
die Eisenbahn, Reichsbank, verpfändeten Einnahmen, für
Reichsbahnschuldverschreibungen, für die deutschen Industrie-
schuldverschreibungen) jetzt zur Aufhebung kommen, daß das
Transfer- und Ausbringungsmemorandum erklärt werden kann,
all diese uns gemachten Zugeständnisse ändern nichts an der
Tatsache, daß durch die Annahme des Youngplanes eine
neue deutsche Wirtschaftskrise heraufbe-
schworen wird. Von führenden deutschen Wirtschaftlern
wird mit Recht darauf hingewiesen, daß es in Anbetracht der
zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Tilgung der
Youngschuld notwendigen ausländischen Zahlungsmittel, die
uns infolge Fehlens einer genügenden Ausfuhr mangeln, zu
einem weiteren Ausverkauf der deutschen
Wirtschaft kommen muß. Mit anderen Worten, der

Youngplan ist ebenso wie der Dawesplan nichts anderes als
ein geschickt ausgeklügeltes System zur weiteren Verflavung
Deutschlands, ist darauf aufgebaut, die geschwächte deutsche
Wirtschaft in das Schlepptau unserer Gläubigerstaaten zu
bringen. L. S.

Der Eindruck der Pariser Einigung in Amerika

Die große Presse, die meistens mit den Verbündeten
sympathisiert, zeigt sich über das Pariser Abkommen befriedigt.
Die „New York Times“ zieht sogar die Meldung der „Asso-
ciated Press“ ganz groß auf, die sich zahlenmäßig bemüht,
welche Menge von Dollarmilliarden die Alliierten in ihrer
Großmut von den Forderungen, die sie noch im Jahre 1919
erhoben hätten, ablassen hätten. Das Gefühl der erleich-
terung, das in der Presse zum Ausdruck kommt, gilt aber
wohl mehr der Tatsache, daß die monatelangen Verhand-
lungen nun endlich zum Abschluß gelangt sind. Die Presse-
berichte aus Washington heben hervor, daß man auch dort
im allgemeinen befriedigt sei, wobei aber dennoch ausgesprochen
wird, daß diejenigen Senatskreise, die nicht an Deutschlands
Allianschuld glauben, auch die neuen Forderungen für viel
zu hoch halten und damit rechnen, daß der Youngplan
ebenso wenig durchführbar sein werde, wie der Dawesplan.
Die Finanz- und Wirtschaftskreise haben sich bisher zum
Pariser Abkommen noch nicht geäußert. Man kann aber
annehmen, daß die Bedenken, die in diesen Kreisen während
der Pariser Verhandlungen wiederholt geäußert worden sind,
auch jetzt nicht geschwunden sein dürften.

Vorläufig keine Reichstagsdebatte über Paris.

Die Reichsregierung lehnt die deutsch-
nationale Interpellation ab.

Die Reichsregierung hat es durch Schreiben vom
31. Mai abgelehnt, die Interpellation der deutschnationalen
Fraktion im Reichstag über die Pariser Verhandlungen un-
mittelbar nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und
vor der Abreise des Außenministers nach Madrid zu beant-
worten. Sie könne sich mit einer alsbaldigen
Debatte über die Reparationsfrage in der
Vollversammlung des Reichstags vor-
läufig noch nicht einverstanden erklären, weil
dazu nach ihrer Ansicht der Abschluß der Verhandlungen und
das Vorliegen des Berichtes des Sachverständigenausschusses
notwendige Voraussetzung sei.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion bemerkt dazu:
„Der Ablehnungsgrund der Reichsregierung kann als zu-
treffend nicht anerkannt werden. Inzwischen ist der Ab-
schluß der Pariser Verhandlungen erfolgt. Was über den
Inhalt der getroffenen Abmachungen bekannt geworden ist,
kann das Urteil, daß die bereits am 29. Mai bekanntgegebene
Vereinbarung über die Höhe der Jahres-
zahlungen unannehmbar und undurchführ-
bar ist, nicht erschüttern. Um so notwendiger ist es, daß
der Reichstag vor der Zusammenkunft der leitenden Staats-
männer in Madrid, die nach allen früheren Erfahrungen zu
festlegenden Vereinbarungen führen kann, Gelegenheit er-
hält, Stellung zu nehmen.“

Beratung des Reichskabinetts über die Arbeitslosen- versicherung.

Berlin. Das Reichskabinetts beschäftigte sich mit der
Arbeitslosenversicherung. Auf Grund dieser Verhandlungen
wird das Reichsarbeitsministerium in den nächsten
Tagen eine Vorlage ausarbeiten (Sofort-Pro-
gramm). Zum Zweck der parlamentarischen Behandlung
dieser Vorlage wird alsdann mit den Vertretern der Re-
gierungsparteien Fühlung genommen werden. — Ferner
bestimmte das Kabinetts die Grundsätze über die Zusammen-
setzung der bereits früher in Aussicht genommenen Sachver-
ständigenkommission und die dieser vorzulegenden Fragen.
Die Kommission soll ihren Bericht so rasch erstatten, daß im
September ein endgültiges Programm vorgelegt werden
kann.

